

19.04.2012 Aktuelle Debatte SPD

Betreuungsgeld stoppen – Rückfall in die 50er Jahre verhindern!

Anrede

Die CSU drängt ihre Schwesterpartei und den Koalitionspartner FDP in eine gesellschaftspolitische Sackgasse.

Mit der geplanten Einführung des Betreuungsgeldes wird in vierfacher Hinsicht eine familienpolitische Geisterfahrt initiiert:

- Bildungspolitisch: Kinder sollen von vorschulischer Bildung ferngehalten werden
- Arbeitsmarktpolitisch: Frauen werden vom Wiedereinstieg in den Beruf nach Elternzeit länger ferngehalten
- Gleichstellungspolitisch: die traditionelle Rollenverteilung von Frau und Mann wird verfestigt
- Integrationspolitisch: die gesellschaftliche Integration von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte wird erschwert.

Es werden massive Fehlanreize gesetzt:

Das Betreuungsgeld ist für wirtschaftlich benachteiligte Eltern von unmittelbarem Interesse. Für sie sind 150 € im Monat, die zusätzlich zum Kindergeld gewährt werden sollen, viel Geld und sie werden alles tun, um an dieses Geld zu gelangen.

„Der Gesetzgeber muss Impulse vermeiden, die Familienmitglieder zu einem riskanten Entscheidungsverhalten veranlassen“; Expertise von Prof. Dr. Schuler-Harms (09/2010)

Aktueller Familienreport Ba-Wü:

1. „Kinder aus bildungsfernen Familien und aus Familien mit Migrationshintergrund haben seltener Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung als Kinder aus anderen Familien“.
(bei U 3: 13,2 % gegenüber 20,8%)
2. „Betreuungswünsche von Eltern hängen stark von der Bildung der Eltern, der Familien- und Erwerbskonstellation sowie vom existierenden Angebot vor Ort ab.“
 - 16% der Eltern wünschen für ihr Kind im 1. Lebensjahr eine außerfamiliäre Betreuung
 - 49% für ihr Kind im 2. Lebensjahr
 - 80% für ihr Kind im 3. Lebensjahr

Allerdings besteht eine große Diskrepanz zwischen der gewünschten Betreuung und den Realisierungsmöglichkeiten!

Ergebnis Familienreport, Teil 4:

Rund 2/3 der Eltern sehen Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; wichtigste Maßnahme zur Verbesserung der Situation: bedarfsgerechte Kinderbetreuung!

Der Gesetzgeber muss ein Betreuungsangebot schaffen, das den Wünschen und dem Bedarf der Eltern Rechnung trägt.

Das Betreuungsgeld passt nicht in unsere Zeit. Es trägt nicht der aktuellen Lebenswirklichkeit und den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung, sondern es wird damit versucht, eine vermeintliche Familienidylle aus dem vergangenen Jahrhundert zu rekonstruieren.

80% der Bundesbürger sprechen sich gegen das Betreuungsgeld aus.

Die Menschen wollen heute Familie und Beruf in Einklang bringen.

Gesamtkosten: 400 Mio € in 2013 und 1,2 Mrd. € in 2014 – siehe Eckwertebeschluss Bundeshaushalt.

Auch der Finanzminister ist vor der CSU eingeknickt, wohl wissend, dass die geplanten 1,2 Mrd. € voraussichtlich gar nicht reichen werden, sondern eher ein Aufwand von 2 Mrd. € entstehen wird.

Ab 01.08.2013 Rechtsanspruch für ein Betreuungsangebot für U 3

- Bedarfsschätzung von der Leyen: 35%
- Tatsächlicher Bedarf über 40%

Viele Kommunen werden es nicht schaffen, bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs ein ausreichendes Betreuungsangebot zu anzubieten.

Bundesministerin Schröder weigert sich beharrlich, beim Kitausbau Verantwortung zu übernehmen; geschweige denn, zusätzliche Mittel in die Hand zu nehmen.

Stattdessen verplempert sie riesige Summen für das Betreuungsgeld!

Bei der Förderung von Familien und Kindern ist Deutschland relativ gut aufgestellt: die Summe aller Transferleistungen und Steuererleichterungen beläuft sich auf jährlich 180 Mrd. € - Ehegattensplitting und Kindergeld sind der Löwenanteil.

Wenn die öffentliche Hand Familien und Kinder fördert, geschieht dies in der Regel unter dem Vorzeichen, dass diese Handlung dem Kind zugutekommt. Beim Betreuungsgeld findet paradigmatisch eine gesellschaftspolitische Zäsur, ja eine Rückwärtsrolle statt: der Staat fördert ein Verhalten, das dem Kind eine bestimmte Leistung – nämlich die einer öffentlichen Bildungseinrichtung - vorenthält.

CDU-Landesvorsitzender Strobl konstatiert, „dass das Leitbild der CDU nicht mehr dem der Mehrheit der Baden-Württemberger und insbesondere nicht mehr dem der Baden-Württembergerinnen entspricht“.

Da hat er Recht!

Blick auf die Homepage der CDU: Landesvorsitzender Strobl vor dem Gesellschafts- und Frauenpolitischen Kongress der CDU am 31.03.2012: „Alleine mit Blick auf den Fachkräftebedarf infolge des demografischen Wandels können wir auf das Potential gut ausgebildeter Frauen keinesfalls verzichten.“

In puncto Betreuungsgeld sind wir in der heutigen Debatte gespannt, welche Konsequenzen die CDU-Fraktion aus dieser richtigen Analyse zieht.

Die ersten 22 Bundestagsabgeordneten der CDU und die FDP haben ja schon ein bisschen aufgemuckt. Mal sehen, ob heute die zarte Linie der Vernunft Rückenwind aus Ba-Wü bekommt oder ob die Südschiene der CDU – CSU – Allianz nach dem Motto „Augen zu und durch“, den familienpolitischen Irrweg weiter untermauert.